

### Gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung.

Unter vorstehendem Titel enthält der in Leipzig erscheinende „Wähler“ folgenden für weite Kreise der Arbeiterchaft beachtenswerten Artikel:

Es ist in neuerer Zeit mehrfach vorgekommen, daß Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisationen den Leitern der politischen Arbeiterbewegung bzw. dieser selbst einen Vorwurf darüber zu machen sich für berechtigt hielten, daß die Gewerkschaftsbewegung angeblich nicht die gehobene Werthschätzung und Unterstützung seitens der politischen Arbeiterpartei erfahre. Es dürfte angebracht erscheinen, die solchen Vorwürfen zu Grunde liegende Verkenntnis einer ganzen Reihe thätigkeitsmäßiger Verhältnisse einmal etwas eingehender zu besprechen, umso mehr, als die Wiederholung solcher Äußerungen auch auswärts beachtet wird.

Bei dieser Erörterung haben wir zunächst den Charakter der beiden bis zu einem gewissen Punkte parallel laufenden Strömungen der modernen Arbeiterbewegung ins Auge zu fassen. Die Gewerkschaftsbewegung verfolgt das Ziel und den Zweck, in der heutigen Gesellschaft und unter der kapitalistischen Produktionsweise die Lebenshaltung der Arbeiter zu erhöhen, soweit hierzu bei der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunktur die Möglichkeit vorhanden ist. Die politische Arbeiterpartei hingegen hat die Hauptaufgabe, die heutige Gesellschaftsordnung, die ihrer ganzen Natur nach auf der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung der zahlreichen Arbeiterklasse durch die an Zahl weit geringere Klasse der Besitzenden ruht, durch die Eroberung der politischen Macht zu beseitigen und darnach die gegenwärtige kapitalistische Produktionsweise durch die sozialistische Produktion abzulösen. Die parlamentarische Tätigkeit der Sozialdemokratie, ihre Thätigkeit an der Gesetzgebung und ihre faktische oder erstrebte Mitwirkung an den Gemeindeverwaltungen — diese Thätigkeit also zur Besserung der Existenzbedingungen der arbeitenden Klassen innerhalb der heutigen Gesellschaft ist weit weniger Selbstzweck als vielmehr Mittel zum Zweck, eine aktions- und widerstandsfähige Generation zu erhalten bzw. zu erziehen, der die Eroberung der politischen Macht und die Befreiung der Massenbevölkerung als notwendig zu lösende Kulturaufgabe zufällt. Und in diesem Bestreben wird die politische Arbeiterbewegung in demselben Maße durch die Gewerkschaftsbewegung unterstützt, als die Bemühungen der letzteren zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von positiven Erfolgen begleitet sind. Und es werden weiter der politischen Partei durch die Gewerkschaftsbewegung eine Menge tüchtiger operer- und kampferfreudiger Rekruten für die Befreiung der Arbeiterklasse zugeführt. Die Sozialdemokratie hat das auch immer anerkannt und niemals die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung unterschätzt, wie das ja aus den verschiedenen Beschlüssen der sozialistischen Parteikonferenzen sowohl wie auch aus den gewerkschaftlichen Organisationen bei Lohnkämpfen gewordenen materiellen Unterstützungen zur Genüge hervorgeht.

Wenn trotzdem neuerdings die und da die Meinung auftritt, die Sozialdemokratie vernachlässige gewissermaßen die Gewerkschaftsbewegung, so wird dabei zweierlei übersehen. Die jahrelang und bisweilen recht erregt geführte Debatte um die Form der Gewerkschaftsbewegung hat das Resultat ergeben, daß sich die Gewerkschaften mit wenigen Ausnahmen für die Zentralisation entschieden haben.

Man ist hierbei von der ganz richtigen Erwägung ausgegangen, daß die Zentralorganisation weit thätigkeitsreicher und systematischer die Gewerkschaftsaufgaben zu fördern im Stande ist, als die lokale Organisationsform. Die weiteren Neubildungen im Gewerkschaftsleben, die Kartellverbände u. s., sind natürlich gleichfalls nur beim Bestehen zentraler Organisationen durchführbar und lebenskräftig zu gestalten. Aber die letztere Organisationsform bedingt aus Rücksicht auf die herrliche deutsche Reichsgesetzgebung in den verschiedenen Staaten des Reiches den Ausschluß aller Politik aus den Gewerkschaftsversammlungen. Es ist noch nicht lange her, daß gesagt wurde: „Alles an feinem Orte: die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Gewerkschaften, die Politik in den politischen Vereinen und öffentlichen Versammlungen!“ Und heute hören wir Klagen, die politische Partei vernachlässige die Gewerkschaften!

Ob und inwieweit diese berechtigt sind, wird sich weiter unten ergeben.

Die mit dem Fallenslassen der Lokalorganisation und mit der Einführung der Zentralisation zur Vermeidung der Gefahr vollgültiger Auflösung eingetretene Beschränkung braucht nun aber keineswegs so weit zu gehen, daß unter der neuen Form jede theoretische Betrachtung und Debatte über das Verhältnis des Unternehmers zu dem Arbeiter einfach und absolut verpönt wäre. Im Gegenteil haben auch die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen die Aufgabe, ihre Mitglieder über die Natur der Lohnarbeit u. s. aufzuklären. Allerdings ist Vorsicht geboten. Unter den Begriff „Politik“ fällt es nach einer Definition des Reichsgerichts, wenn ein Verein oder eine Gewerkschaft ein bestimmtes Ziel auf dem Wege der Gesetzgebung, also durch die Thätigkeit des Reichstages, des Landtages oder der Regierung, erreichen will. Soweit die Abstellung bestimmter Lebensverhältnisse aber — seien es nun zu niedrige Lohnsätze oder zu lange Arbeitszeit, schlechte sanitäre Verhältnisse im Arbeitsraume oder gefährdender Mangel von Schutzvorrichtungen — durch die Betätigung der eigenen Kraft der Gewerkschaft angeht, steht dem nichts im Wege, ebensoviele selbstverständlich den voraussetzenden Diskussionen, die jene Lebensverhältnisse den Gewerkschaftsmitgliedern erst zum Bewußtsein bringen sollen. Also auch in den Gewerkschaften ist Raum und Möglichkeit gegeben, die Mitglieder über das herrschende Lohnsystem u. s. aufzuklären und ihnen die Erkenntnis ihrer Klassenlage zu verschaffen. Wir sind überzeugt, alle Gewerkschaften, die über ihre nächstliegenden Interessen und Aufgaben sich zur Mitwirkung an der Erreichung kultureller Fortschritte berufen wollen, werden sich die Aufklärungsarbeit unter eigenen Mitgliedern in einem Umfang anzuwenden sein lassen, daß selbst jene Organisationen dabei profitieren, die ihren Ansehens an die moderne Arbeiterbewegung abhängig machen von dem „Anschluß aller Politik“, nicht etwa aus tatsächlichen Rücksichten, sondern weil nach ihrer Meinung die Politik überhaupt nichts in der Gewerkschaft zu suchen und letztere möglichst viele Mitglieder ohne Ansehen ihrer politischen Überzeugung zu umfassen habe. Selbstverständlich wird keine Gewerkschaft ein sich meidendes Mitglied deshalb zurückweisen, weil es die sozialdemokratischen Grundsatzlehren nicht kennt oder nicht anerkennt. Aber ebenso selbstverständlich ist doch die Aufgabe der Gewerkschaft, solche Mitglieder zum politischen Denken anzuregen, wonach sie als Arbeiter — vorausgesetzt, daß in der Gewerkschaft selbst die erforderliche Einsicht und Klarheit in wirtschaftlichen Dingen herrscht — ganz von selbst den Weg beschreiten, der in der Armee der Klassenbewussten Proletariat führt. Wenn also auch jede Parteipolitik aus den zentralen Gewerkschaften fernzuhalten ist, so haben letztere dennoch alle Gelegenheit, ihre Mitglieder zu logisch denkenden Kämpfern für die Sache der Arbeit zu erziehen. Die weitere politische Betätigung hat dann in politischen Vereinen, Versammlungen u. s. zu erfolgen.

Wenn damit die Forderung aufgestellt ist, daß ein jeder Gewerkschaftler Parteigenosse sein oder werden muß, so wird man es andererseits auch den Gewerkschaftsmitgliedern nicht verargen können, wenn sie verlangen, ein jeder Sozialdemokrat müsse auch Mitglied der Gewerkschaft sein. Wäre deshalb der Vorwurf allein auf die Thatsache gegründet, daß eine Anzahl Parteigenossen die Gewerkschaftsbewegung als etwas Nebenwichtiges betrachten oder gar ganz ignorieren und daher nicht einmal die Mitgliedschaft der betreffenden Gewerkschaftskategorie erwerben, so ließe sich gegen ein solches Argument nur sehr schlecht etwas einwenden. Aber die in dieser Beziehung unangenehmen Gewerkschaftsmitglieder geben meist weiter und verwechseln häufig die Partei als solche mit einzelnen Genossen, deren Fernhalten von den Gewerkschaften übrigens wie bei tausend anderen Arbeitern ihren Grund in der herrschenden wirtschaftlichen Krisis und dem dadurch hervorgerufenen Mangel an Subsidienmitteln haben kann und in den meisten Fällen auch thätigkeitsmäßig hat. Ferner aber wird seitens einzelner Gewerkschaftler von den Führern und Abgeordneten der sozialistischen Partei verlangt, daß wenn sie auch schon längst nicht mehr in ihrer ehemaligen Gewerkschaft tätig sind, sie nicht nur Mitglied in der betreffenden Gewerkschaft sein, sondern auch die regelmäßigen Ver-

sammlungen der letzteren ausnahmslos besuchen sollen. Das heißt denn doch weit über's Ziel geschossen. Die Abgeordneten sind wohl sämtlich mit Pflichten und Arbeiten so belastet, daß die Erfüllung der nicht gerade von sehr großer Selbstvertrauen zeugenden Forderung häufig einfach unmöglich ist. So wäre es doch in der That absurd, beispielsweise Bebel zur Erfüllung jener Forderung gegenüber der Drechslerorganisation verpflichten zu wollen. Daß hingegen die Abgeordneten nach Möglichkeit die Gewerkschaftsbewegung mit zu fördern suchen, das konnte schon immer wahrgenommen werden.

Es gewinnt in der That die Annahme an Wahrscheinlichkeit, daß einzelne Vertrauensmänner oder Leiter von Gewerkschaften, mißmutig geworden durch die Erfolglosigkeit vieler Bemühungen, einen Sündenbock für die ebenso leidige, wie nicht zu bestreitende Thatsache suchen, daß die Gewerkschaftsbewegung seit längerer Zeit nicht mehr recht vom Fleck will. Diese Erscheinung aber — und das ist das zweite Moment, welches bei den gegen die politische Arbeiterpartei nach unserer Auffassung zu Unrecht erhobenen Vorwürfen gänzlich außer Betracht gelassen wird — findet doch aber ihre völlige Erklärung in der bestehenden wirtschaftlichen Krisis. Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß in solchen Perioden die Gewerkschaften immer mindestens stagnieren, wenn nicht gar zurückgehen werden; nur in Zeiten heftigen Geschäftsganges wird die Ausbreitungsfähigkeit der Organisationen äußerlich wahrnehmbar in die Erscheinung treten können. Die bespreizende Wirkung der Krisen ist doch auch ganz erklärlich. Die Organisationen werden bei längerem wirtschaftlichem Niedergange zur völligen Ohnmacht verurteilt, so daß selbst nicht einmal mehr von Abwehrbewegungen die Rede sein kann. Das aktuelle Interesse an den gewerkschaftlichen Bestrebungen tritt dann eben gänzlich in den Hintergrund, sofern diese nicht gleichzeitig gewisse Untergrundzüge kultivieren. Und das thun heute leider nur sehr wenige Gewerkschaften. Früher war das anders. Bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes zahlten viele Gewerkschaften Unterstützung in Kraftverhältnissen. Infolge der politischen Auflösungen wurde dieser Zweig dann auf Grund des Stillschaffengesetzes selbständig und unabhängig eingerichtet. Die Gewerkschaften sollten deshalb sämtlich die Einrichtung treffen, die auch während der wirtschaftlichen Krisen das Interesse der Mitglieder und namentlich der von der Arbeitslosigkeit betroffenen Mitglieder dauernd noch erhält: Die Arbeitslosenunterstützung.

Den Kopf hängen zu lassen hat auch während der jetzigen scharfen Zeit keine Gewerkschaft Ursache. Vielmehr Veranlassung oder haben sie, während dieser Periode der ihelweisen Untätigkeit alle Vorarbeiten für notwendige oder beachtenswerte organische Weiterbildungen zu treffen, damit die Gewerkschaften beim Eintritt einer besseren Konjunktur sich als fähig zu ihrer sofortigen Ausbreitung und zur Wahrnehmung ihrer eigentlichen Interessen erweisen können.

### An alle in Buchbindereien, in der Papier- und Federgalanteriewaaren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Königreich Sachsen.

Um eine möglichst einheitliche Entscheidung der sächsischen Arbeiter und Arbeiterinnen oben genannter Berufe, betreffend den Eintritt in den nunmehr ungenauabgetheilt, vom 1. Mai d. J. an aus Einzelmitgliedern (Mitgliedschaften) bestehenden Verband der in Buchbindereien u. s. w. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu erzielen, findet **Sonntag, den 2. April** (erster Osterfesttag), **Vormittags halb 11 Uhr**, eventuell noch **Montag, den 3. April**, in Leipzig, **Restaurant Spieß** (Stadt Hannover), **Seeburgstraße**, eine öffentliche

### Konferenz

von Delegirten obiger Berufe mit folgender provisorischer Tagesordnung statt:

- 1) Bericht der Delegirten über den Stand ihrer Organisation.
- 2) Ist es für uns zweckmäßig, dem Verbandsbeizutreten?
- 3) Die Agitation für den Verband in den Städten, wo bisher keine Vereinigung bestanden hat.
- 4) Verschiedenes.

Falls weitere Punkte, sowie etwaige Anträge noch auf die Tagesordnung zu setzen gewünscht werden, so bittet Unterzeichneter, ihm dies bis spätestens Dienstag, den 28. März d. J., mittheilen zu wollen.

Indem wir die Kollegen und Mitarbeiterinnen ersuchen, für diese jedenfalls sehr zweckmäßige Konferenz zu agitieren, und wir es den Kollegen jeder Stadt selbst überlassen, wie viele Delegirte sie entsenden wollen, bemerken wir noch, daß die Delegirten nicht in Mitgliedserversammlungen, sondern in öffentlichen Versammlungen gewählt werden müssen.

Alle Anfragen, die Konferenz betreffend, sind an den Unterzeichneter zu richten.

Im Auftrag:

E. Pfüge, Leipzig-Sellerhausen, Schützenhausstr. 9, Tr. A.

### Protokoll

der Verhandlungen des IV. ordentlichen Verbandstages der Vereine der in Buchbindereien und verwandten Geschäftszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Deutschland.

Abgehalten zu Frankfurt a. M. den 20., 21. und 22. Februar 1893.

(Fortsetzung.)

### IV. Sitzung.

Der Vorsitzende eröffnet die 4. Sitzung des Verbandstages am 21. Februar Nachmittags 2 Uhr. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit sämtlicher Delegirten und Verwaltungspersonen.

Zur Berathung steht der Passus „Urabstimmung“. Ehe in die Diskussion über diesen Punkt eingetreten wird, verliest der Vorsitzende ein Glückwunschschreiben der Frau Witwe Jost aus Magdeburg. Dasselbe wird mit Beifall entgegengenommen.

Darauf wird noch zunächst eine Kommission zur Berathung eines neuen Verbandsstatuts gewählt. Aus der Wahl gehen hervor: Riese, Berlin, Wallau, Stuttgart, Wälder, München, Behrman, Bielefeld, Grimm, Hamburg, Kollege Scherer, Leipzig wird sich der Kommission freiwillig zugesellen. Annahme wird in die Debatte über den Punkt „Urabstimmung“ eingetreten.

Schubert-Magdeburg spricht für Einführung der Urabstimmung mit Beibehaltung der Verbandstage in längeren Zwischenräumen.

Reumann-Hofsch ist für Vornahme der Urabstimmung in zweijährigem Zwischenräumen und soll dabei jedes Mitglied 1 Stimme erhalten.

Kirchner-Fürth spricht für Einführung der Urabstimmung an Stelle der Verbandstage.

Joseph-Nürnberg ist für Urabstimmungen, um scharfer Beschlässe herbeiführen zu können. Die Verbandstage sollen nur durch Urabstimmung einberufen werden können.

Ramman-Hamburg spricht sich aus finanziellen Gründen für die Urabstimmung aus; die Verbandstage werden jedoch auch zeitweise stattfinden müssen.

Gomfeld-Düsseldorf ist gleichfalls für Urabstimmungen.

Thierberg-Frankfurt erklärt sich für Beibehaltung der Verbandstage mit jährigen Zwischenräumen.

Schmidt-Mannheim ist für Urabstimmung, welche jährlich vorzunehmen wäre. Der Verbandstag solle dann alle 4 Jahre stattfinden.

Goppert-Gannover: Die Verbandstage werden durch die Gauentheilung weniger notwendig werden.

Bongart-Hagen ist für die Urabstimmung mit Beschränkung der Verbandstage.

Schneider-Freiburg: Durch die Urabstimmung werden Ersparnisse an den Ausgaben erzielt.

Steinweh-Erlangen wünscht die Urabstimmung und alle 3 Jahre einen Verbandstag.

Zähler-Stuttgart: Die Verbandstage sollen auf Antrag Stuttgart abgelehrt werden, doch würde die Einrückung der Goutage anzunehmen sein. Reuber empfiehlt die Urabstimmung.

Joseph-Nürnberg: Die Verbandstage sollen durch Urabstimmung einberufen werden.

Marwitz-Berlin ist für die Urabstimmung, doch kann dieselbe die Verbandstage nicht ersetzen. Eine mündliche Aussprache ist oftmals geboten. Die Zahl der Delegirten muss beschränkt und der Verbandstag alle drei Jahre einberufen werden. Die Einberufung der Verbandstage durch Urabstimmung ist unzureichend.

Buchwald-Altenburg: Die Ansichten über die Urabstimmung sind unklar, die Verlesung von Differenzen, sowie ideole Fragen können durch dieselbe nicht erledigt werden.

Dietrich-Stuttgart: Die Urabstimmung muss angewendet werden bei allen Fragen, die der

Verbandsvorstand mit dem Ausschuss ihrer Wichtigkeit halber nicht erheben können. Die Urabstimmung auf einen bestimmten Zeitpunkt festlegen ist unmöglich. Die Verbandstage sollen durch Urabstimmung einberufen werden.

Schubert-Viegnitz ist für die Urabstimmung und unregelmäßige Verbandstage.

Harber-Hannover: Es kann sich doch nur um Erziehung von 4 oder 5 Bänden handeln, mit hin sind Gattungen überflüssig. Die Bänder und Abrechnungen müssen an Verbandstagen vorgelesen, resp. geprüft und bestätigt werden, mit hin ist eine regelmäßige Wiederholung der Verbandstage in längeren Zwischenräumen erforderlich. Um Uebrigem würde Urabstimmung zu empfehlen sein.

Die Rednerliste ist erschöpft. Die Abstimmung ergibt die Abhaltung unregelmäßiger Verbandstage und Einführung der Urabstimmung.

Der Verbandstag beschließt nunmehr in Verhandlung zu treten über den 3. Punkt der Tagesordnung: „Stellungnahme zu einer engeren Verbindung mit den anderen Organisationen der graphischen Berufe, eventuelle Beschlussfassung darüber.“

Referent Dietrich-Stuttgart: Der dritte Verbandstag hatte sich schon mit dieser Frage befaßt und den Verbandsvorstand in einer Resolution beauftragt, Verbindung mit den anderen Organisationen des graphischen Gewerbes anzubahnen. Die Buchdrucker hielten damals eine solche Verbindung jedoch nicht für geeignet. Auf dem Gewerkschaftscongrès zu Halberstadt hatte sich der Spezialcongrès der graphischen Gewerbe wieder mit dieser Frage befaßt und wurde dort eine auf die Verbindung hingzielende Resolution angenommen. Durch die Einberufung der Generalversammlung des Unterstützungsbereichs der Buchdrucker wurde die Angelegenheit weiter verfolgt. Der Verbandsvorstand hat in Nr. 26 der „Buchbinder-Zeitung“ einen Statutenentwurf zur Disposition gestellt und wurde in besagter Generalversammlung eine Resolution angenommen, welche diese Angelegenheit sehr sympathisch behandelte und auch verschiedene Normen für ein zu schaffendes Kartell aufstellte, insonderheit den Termin für Einführung des Kartells auf den 1. April 1893 festsetzte. Die Buchdrucker haben nun durch einen neueren Beschluß den Zeitpunkt auf den 1. Januar 1894 verlegt und ist es nun Pflicht des Verbandstages zum graphischen Kartell Stellung zu nehmen.

In der Generaldisposition erhält zuerst das Wort Reigert (Steindrucker). Derselbe spricht sich für die Einleitung des Kartells sympathisch aus und legt den größten Werth auf Schaffung einer gemeinsamen graphischen Presse. Die Stimmung in den Reihen seiner Berufsgenossen zu der Sache ist er nicht in der Lage mitzuteilen, da eine Aussprache noch nicht erfolgt ist. Reigert wird die Schaffung des Kartells der in nächster Zeit stattfindenden Generalversammlung der Lithographen und Steindrucker empfohlen.

Rindfleisch-Riel-Hensburg ist für Schaffung des graphischen Kartells auf Grund des Statutenentwurfs in Nr. 26 der „Buchbinder-Zeitung“, doch wünscht er die Beibehaltung der „Buchbinder-Zeitung“ und monatlichen Erscheinens des Kartellorgans.

Hornfeldt-Düsseldorf spricht für Schaffung des Kartells, mit einer Kasse nur für Agitationszwecke und für die Rechnungsbücher.

Mannebach-Bremen: Der in Entwurf vorgesehene Beitrag von 5 Pf. wöchentlicher wäre nur dann angebracht, wenn das Organ aus der Kartellkasse bezahlt würde. Zum Zwecke des Streiks sollen Gelder nicht gesammelt werden.

Reigert (Steindrucker): Das Kartell soll die Aufgaben erfüllen, welche von den einzelnen Organisationen nur ungenügend betrieben werden können. In allen Organisationen sollen gleichmäßige Einrichtungen angestrebt werden, um der Schaffung des Industrie-Verbandes die Wege zu ebnen.

Neumann-Rostock hat den Auftrag dahin zu wirken, daß sämtliche Organisationen des graphischen Gewerbes sich zum Kartell vereinigen.

Döblin (Buchdrucker) macht aufmerksam auf die Schwierigkeiten, welche im Kartell insonderheit der Schaffung der Presse durch die gegebenen Verhältnisse entstehen und warnt vor zu großem Optimismus.

Weyer-Saalfeld: In Weimar und Saalfeld ist der Verkehr der graphischen Berufsgenossen schon vorhanden. Wenn die Buchdrucker in der Organfrage zurückbleiben, so empfiehlt es sich, mit den Lithographen und Steindruckern ein gemeinsames Organ zu gründen.

Günthoff-Eberfeld ist für eine engere Verbindung, jedoch nicht auf der vorgeschlagenen Grundlage.

Bongart-Hagen erstelt etwas Ersprießliches nur in der Schaffung des Industrieverbandes.

Kardten-Leipzig sagt: Industrieverband ist das Zweckmäßige.

Kammann-Hamburg ist für Schaffung des Kartells auf Grundlage des Entwurfs.

Weiß-Köln: Das Kartell ohne Organ ist ohne Bedeutung.

Jöhler-Stuttgart spricht für das Kartell und glaubt, daß Döblin in der Sache, besonders Organ betreffend, zu schwarz sieht. Redner spricht sodann darüber, daß die Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bei den Buchdruckern noch im Argen liege.

Reigert (Steindrucker): Der Gedanke an den Industrieverband ist verfehlt. Kartell mit Organ ist die Hauptfrage.

Organ scheitern, so muß gesucht werden in der Kasse ein Bindeglied zu finden. Gelder aus der Kasse dürfen jedoch nur zu gemeinsamen Unternehmungen benützt werden. Er bringt eine diesbezügliche Resolution ein.

Marwig-Berlin glaubt, daß Döblin sich mit seinen Ausführungen im Gegensatz zu den Beschlüssen der Generalversammlung seiner Organisation befände.

Goppert-Hannover bringt eine Resolution ein, welche dem Verbandsvorstand die zu schaffende Grundlage überläßt.

Buchwald-Altenburg: Schrittweises Vorgehen ist geboten, damit das Gute an dem Bestehenden nicht zerstückt werde.

Thierberg-Frankfurt tritt für Schaffung eines gemeinsamen Organs ein.

Joseph-Nürnberg: Die der Auffklärung gedienten Artikel der Gewerkschaftspresse sind stets gleich, mit hin kann eine Ungleichheit der Berufe nicht hindern in der Organfrage. Redner wendet sich gegen Schaffung einer gemeinsamen Kasse nach der Resolution Harber.

Döblin (Buchdrucker): Wenn man der Ansicht ist, daß ich gegen das Kartell wäre, so bin ich falsch verstanden worden, nur vor zu großem Optimismus habe ich gemarnt. Redner tritt für die Resolution Buchwald ein.

Eingegangen ist eine Resolution von Marwig, welche die Schaffung des Kartells auf Grundlage des in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten Entwurfs und der Beschlüsse der Generalversammlung der Buchdrucker zum 1. Januar 1894 empfiehlt.

Außerdem ist eingegangen eine Resolution, unterzeichnet von 14 Delegierten, welche besagt, daß im Falle des Scheiterns des gemeinsamen Organs der Verbandsvorstand beauftragt wird, Schritte zur Einbindung eines Organs der Lithographen, Steindrucker und Buchbinder zu thun.

Schubert-Viegnitz ist für die Resolution Harber nicht einverstanden.

Neumann-Rostock: Das Kartell muß auch die Hilfsarbeiter umfassen.

Kardten-Leipzig: Durch das beschlossene Unterstützungswesen wird der Verband vermehren in Anspruch genommen, daß die im Entwurf vorgesehene Beitragsleistung nicht wird erfüllt werden, es müßte denn die Presse aus der graphischen Kasse bezahlt werden. Andersfalls könnte nur ein Fond mit geringeren Beiträgen zu Agitationszwecken gegründet werden.

Reigert (Steindrucker) giebt bekannt, daß die Formhefter und Tapetenruder auch den Wunsch nach einem Kartell geäußert haben.

Döblin (Buchdrucker) erwidert darauf, daß er von dieser Seite auf diesbezügliche Briefe keine Antwort erhalten habe.

Smolny-Erfurt giebt bekannt, daß die Buchdrucker Erstattet ihm und Marwig den Auftrag, für Schaffung eines Kartells zu wirken, gegeben hätten.

Kirchner-Fürth spricht sich für Schaffung des graphischen Kartells aus.

Marwig-Berlin bittet, den Beschlüssen in Sachen des Kartells fallen zu lassen. Redner spricht im Weiteren für die Annahme seiner Resolution.

Scheer-Leipzig ist gezwungen abzureisen; er wünscht den weiteren Arbeiten des Verbandstages ein Gedeihen zum Wohle der Gesamtheit. Der Vorsitzende dankt Scheer für das Interesse, welches er den Verhandlungen entgegengebracht hat.

Joseph-Nürnberg wendet sich nochmals gegen die Resolutionen Harber und Marwig. Die Rednerliste ist erschöpft. Zur Annahme gelangen folgende Resolutionen.

1. Der Verbandstag erklärt die Anbahnung des graphischen Kartells für notwendig und beauftragt den Verbandsvorstand, durch Schenkensauslaß mit den anderen in Betracht kommenden Verbänden sich über die Grundzüge eines gemeinschaftlichen Vorgehens zu verständigen. Ohne die Schaffung einer Kartellkasse oder eines gemeinschaftlichen Organs zur Bedingung zu machen, läßt sich ein gemeinschaftlicher Weg zur Gleichzeitigkeit in Bezug auf Organisation und Ausführung schaffen.

Buchwald. 2. Da aus den bisherigen Verhandlungen des Verbandstages zu erhellen ist, daß ein gemeinsames Organ sämtlicher graphischer Gewerbe gegenwärtig wohl nicht zu Stande kommt, beantragen die Unterzeichneten, der Verbandstag möge den Vorsitzenden beauftragen, Schritte zur Herstellung eines gemeinsamen Organs mit den Lithographen und Steindruckern zu thun.

Folgen 14 Unterschriften. Reigert (Steindrucker) muß den Verbandstag verlassen und drückt den Wunsch für Zustandekommen des Kartells aus.

Der Vorsitzende dankt Reigert für sein Erscheinen und erklart in der Vertretung der verschiedenen Berufe schon einen weiteren Schritt zur gegenseitigen Annäherung.

Die Anträge, welche sich auf das Kartell und die graphische Presse beziehen, werden mit der Annahme der Resolutionen als erledigt betrachtet.

Der Verbandstag tritt darauf in die Verhandlung des 2. Punktes „Allgemeine Anträge“ ein. Die Anträge Braunschweig: Daß die Mitglieder der Delegierten zur Agitation verwendet wird — wie auch, daß die Kosten öffentlicher Versammlungen des jeweiligen Ortes nicht aufgesetzt werden, werden, nachdem Harber-Hannover sich gegen dieselben erklärte, abgelehnt.

Zum Antrag Braunschweig, die Kosten des Verbandstages auf das geringste Maß zu beschränken, meint Dietrich, daß man über diesen

Antrag zur Tagesordnung übergeben könnte, weil er eine Brodemandung des Verbandstages enthält. Der Antrag wird nicht angenommen.

Der Antrag Stettin, welcher den Delegierten der freien Eisenbahnfabrik 3. Klasse noch 8 Mark täglicher Diäten gewähren will, begründet Göbel, indem er die hohen Kosten der Verbandstage hervorhebt. — Nach einer längeren Debatte, welche theils für, theils gegen diesen Antrag sich ergab, wurde für den diesmaligen Verbandstag die Höhe der Diäten auf 8 Mark pro Tag festgesetzt.

Der Antrag Stuttgart, die vierteljährlichen Abrechnungen in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen, vertritt Jöhler, anführend, daß Sparmaßregeln die Annahme wünschenswert erscheinen lassen. — Der Antrag wird, nachdem sich noch Joseph-Nürnberg und Neumann-Rostock hierzu äußerten, angenommen.

Völler spricht zum Antrage München, betreffend Abfassung der Sammelmarke und bemerkt, daß diese eine Belastung gerade der thätigsten Mitglieder eines Vereins seien.

Weiß-Köln scheidet bei Annahme dieses Antrages keinen Zweck erreicht; er will auch fernere Ausgabe der Marken.

Schubert-Viegnitz verweist jede Extrasteuer. Steinweber-Erlangen erklärt sich mit dem Antrage einverstanden.

Luz-Dortmund spricht sich gegen denselben aus. Dietrich bemerkt, daß jeinerzeit zu den Sammelmarken gegriffen werden müßte, weil die Kasse zu schwach war, um die Kosten zu tragen, die in Durchführung des Beschlusses des Verbandstages zu Hannover, die Stellung von Forderungen behufs Erlangung der gebräuchlichen Arbeitszeit etc. betreffend, entstehen konnten. Um nun schnell einen Fonds zusammenzubringen, war die Ausgabe der Marken notwendig. Diefelben seien noch in großer Anzahl vorhanden, die Vereine sind aber schon seit langer Zeit nicht mehr zur weiteren Entnahme angehalten worden. Wenn die Marken abgehafft werden sollen, müßte der Verbandsvorstand im Falle der Noth auf andere Art Gelegenheit gegeben werden, Mittel aufzubringen.

Neumann-Rostock ist für Beibehaltung der Marken.

Smolny-Erfurt spricht noch für den Antrag München, der darauf angenommen wird mit 16 gegen 14 Stimmen.

Anschließend macht der Vorsitzende die Bemerkung, daß der angenommene Antrag nur von Sammelmarken rede, nicht aber auch von Sammelstiften, welche Bemerkung allgemeine Heiterkeit erregt.

Beim Antrag Halle a. S., betreffend die Bekanntmachung der Namen der eintretenden Mitglieder im Organ, verweist Keller zur Begründung des Antrages auf diejenigen Kollegen, welche in verschiedenen Vereinen Beträge erheben verüben haben, was durch Annahme des Antrages vermieden werden könnte. In derselben Weise äußert sich Simon-Karlruhe. Zu dem Antrag sprechen noch Rindfleisch-Riel, Hornfeldt-Düsseldorf, Kammann-Hamburg, Marwig-Berlin und Luz-Dortmund. Der Antrag wird hierauf von Keller-Halle a. S. zurückgezogen.

Zum Antrag Hamburg, den internationalen Arbeitercongrès in Zürich zu beschicken, sowie für einen wahrheitsgetreuen Bericht vom Congreß zu sorgen, empfiehlt Dietrich, denselben abzulehnen, weil wir mit dem Vereinsgeley in Konflikt gerathen und den Verband gefährdet würden; eine offizielle Vertretung ist daher nicht möglich, ebenso wenig auch ein wahrheitsgetreuer, also ganz ausführlicher Bericht, weil unsere Zeitung nur einmal in der Woche erscheint. — Die Abstimmung bestand im Sinne dieser Ausführung mit Ablehnung des Antrages.

Kammann begründet weiter den Antrag Hamburg, die Verbandsvorstellung zu beantragen, ihren ganzen Einfluß zu Gunsten des Lehrlingswesens nach jeder Seite hin geltend zu machen, um allen Uebelständen auf diesem Gebiet energisch entgegenzutreten, ferner auch für geistige Auffklärung und Ausbildung der Lehrlinge mehr Sorge zu tragen und jedem in unserem Beruf thätigen Lehrling vom 16. Jahre ab gratis die „Buchbinder-Zeitung“ zur Verfügung zu stellen.

Dietrich bemerkt darauf, daß der in dem Antrage ausgesprochene Gedanke ein guter sei, dessen Ausführung selbstverständlich erscheinen; übrigens würde ja jetzt schon nach demselben Verfahren, auch ohne zu erwarten, daß die Mitglieder auch den Lehrlingen unsere Zeitung zu lesen geben und im Bedarfsfalle würden auch freie Exemplare der Zeitung für diesen Zweck geliefert.

Schubert-Viegnitz und Rindfleisch-Riel-Hensburg sind für den Antrag. Derselbe gelangt zur Annahme.

Schluß der Sitzung um 1/9 Uhr Abends.

V. Sitzung.

Am 22. Februar wurde Vormittags 8 Uhr vom ersten Vorsitzenden die Sitzung mit Verlesen der Präsenzliste eröffnet, welche die Anwesenheit Jacob-Offenbach ergab, der jedoch später eintraf. Es wurden zunächst die beantragten Änderungen im Protokoll der ersten Sitzung vom 20. Februar verlesen und darauf das Protokoll der Vormittags-sitzung vom 21. Februar, an welchem einige Richtigstellungen erfolgten. Hierauf erstattete der Berichterstatter der in der gestrigen Sitzung gewählten Statutenberathungskommission, Riese-Berlin, Bericht über die Arbeiten der erwähnten Kommission und verliest den revidierten und nach dem Verbandstage gegebenen Grundlagen umgearbeiteten Entwurf des Vereins Berlin. Es

wird sodann in die Spezialberathung des Statuts eingetreten, und fordert der Vorsitzende die Delegierten, welche von ihren Vereinen bestimmte Anträge zum Statut erhalten haben, auf, dieselben bei der Berathung des jeweiligen Paragraphen vorzubringen. Ein Antrag, die Redegzeit im Laufe dieser Debatte auf fünf Minuten zu beschränken, wird angenommen.

Der Titel des Statuts wird nun verlesen und zur Disposition gestellt. Eine lebhafteste Debatte entzündet sich darüber, ob das im Titel vorgesehene Wort „Lebervaren“-Arbeiter bestimmt genug gehalten sei, und werden hierzu eine Anzahl Abänderungsanträge gestellt, von welchen schließlich der Antrag Göbel-Stettin angenommen wurde, nach welchem der Titel folgendermaßen lautet: „Statut des Verbandes der in Buchbinderien, der Papier- und Lebergalanterie-waren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.“

Zu § 1 Absatz 4 stellt Mannebach-Bremen den Antrag, anstatt Verlesenen Herbergs-wesen zu lesen, und wird der Paragraph mit dieser Aenderung angenommen.

Zu § 2 liegt ein Antrag Hornfeldt-Düsseldorf vor, welcher dem Paragraphen folgende Fassung giebt: „Zum Beitritt berechtigt sind alle in Buchbinderien, der Papier- und Lebergalanterie-waren-Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Derselbe wird nach längerer Debatte angenommen.

Jöhler-Stuttgart spricht zur Geschäftsordnung und wünscht, daß jeder Absatz einzeln zur Disposition gestellt werden soll.

§ 3 und 4 werden nach einiger Debatte, und nachdem 3 Abänderungsanträge abgelehnt, in der Vorlage angenommen.

Zu § 5 wird beantragt, anstatt den Worten „an zuständiger Stelle“ zu lesen: „wo das Mitglied zuletzt seine Beiträge entrichtet hat.“

Der Absatz wird nach einiger Debatte in folgender Fassung angenommen: „Der Austritt aus dem Verbands kann jederzeit gelassen, jedoch ist dieser an der Stelle, wo ein zuletzt Beiträge entrichtet wurden, schriftlich anzuzeigen.“

§ 6 wird nach der Vorlage angenommen. Ueber § 7 entzündet sich eine äußerst lebhafteste und lange Debatte.

Mannebach-Bremen stellt den Antrag, das Eintrittsgeld für männliche Mitglieder mit 40, für weibliche Mitglieder mit 20 Pf. zu bemessen.

Schubert-Viegnitz ist der Ansicht, das Eintrittsgeld nicht höher zu bemessen, als den Beitrag, und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Behrmann-Diesfeld wendet sich gegen Schubert und tritt für die Kommissionsvorlage ein.

Kirchner und Mannebach sprechen für 40 resp. 20 Pf. Beitrag.

Riese-Berlin und Dietrich-Stuttgart sprechen im Sinne der Vorlage; letzterer hebt besonders die Unkosten hervor, welche ein Mitglied bei seinem Eintritt der Kasse verursacht. — Ein Schlußantrag wird hierauf angenommen. Die Abstimmung ergibt eine große Majorität für die Kommissionsvorlage.

Marwig-Berlin stellt den Antrag: Wiederholt Entretende, welche wegen Fleßes gestrichen sind, haben das doppelte Eintrittsgeld zu zahlen. — Derselbe wird nach kurzer Debatte, angenommen.

Riese begründet hierauf die Kommissionsvorlage, betreffend die Beitragshöhe, welche auf 20 resp. 10 Pf. lautet.

Der Vorsitzende macht bekannt, daß zu diesem Punkte sechs Anträge vorliegen.

Kammann-Hamburg beantragt, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 30, für weibliche auf 10 Pf. pro Woche festzusetzen.

Weiß-Köln und Kirchner beantragen für männliche Mitglieder 15, für weibliche 5 Pf. Goppert beantragt für männliche Mitglieder 25, für weibliche 10 Pf.

Joseph-Nürnberg, Bihl-Stuttgart, Behrmann, Mannebach und Völler sprechen gegen Erhöhung der Beiträge und empfehlen die Kommissionsvorlage.

Goppert begründet wiederholt seinen Antrag. Riese-Berlin will die Erhöhung der Beiträge der nachsten Urabstimmung überlassen.

Dietrich, Kardten, Jöhler und Luz sprechen für Erhöhung der Beiträge und empfehlen den Antrag Goppert.

Behrmann kommt auf die schlechten Verhältnisse der Kollegen in den kleineren Städten zu sprechen und erlucht, nicht über 20 Pf. hinauszugehen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird hierauf angenommen.

Weiß-Köln zieht seinen Antrag zurück. Es wird zunächst gefragt, ob der Antrag Kammann die nötige Unterstützung findet; da dies nicht der Fall ist, wird über den Antrag Goppert-Hannover, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 25 Pf. zu erheben, abgestimmt.

Die Abstimmung ist eine namentliche und stimmen dafür: Buchwald-Altenburg, Marwig, Riese, Wunsiedel-Berlin, Mannebach-Bremen, Neumann-Rostock, Braunschweig, Luz-Dortmund, Bongart-Hagen-Duisburg-Ruhrort, Smolny-Erfurt, Steinweber-Erlangen-Hungsburg, Rindfleisch-Riel-Hensburg, Trierberg-Frankfurt a. M., Schwindler-Freiburg i. B., Jakob-Gießen-Offenbach-Göttingen, Keller-Halle, Grimm und Kammann-Hamburg, Goppert-Hannover, Simon-Karlruhe-Konstanz, Weiß-Köln, Schubert-Viegnitz, Schmidt-Waarnheim, Weyer-Saalfeld-Weimar, Göbel-Stettin, Jöhler, Balluff, Müller-Stuttgart.

Mit hin wird der Antrag mit 28 gegen 9 Stimmen angenommen.

Es gelangen hierauf die Beiträge der weiblichen Mitglieder zur Debatte.

Richter-Fürth tritt für seinen Antrag von 5 Pfg. ein, desgleichen Weiß-Rön.

Joseph Nürnberg wünscht eine Urabstimmung. Goppert-Hannover verlangt regelmäßig, wenn möglich monatliche Berichte des Vorstandes an den Ausschuss, und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Die Anstellung erforderlicher Hilfsbeamten, sowie die Festlegung des Gehalts derselben regelt der Vorstandsvorsitzende in Gemeinschaft mit dem Ausschuss. Der Antrag wird angenommen.

Bei § 16 wird ein Antrag Marwig: „Der Sachverhalt besteht aus 3 Personen.“ angenommen.

Bei § 23 wird auf Antrag Harber die Einsetzung „direkt lokaler Natur“, beschlossen.

Bei § 23 werden auf Antrag Marwig die Worte „regelmäßig wiederkehrende“ gestrichen.

Bei § 26 werden die Worte, das ganze Jahr, gestrichen. Außerdem wird auf Antrag Marwig hinzugefügt: „Bei außerordentlichen Abstimmungen ist der Termin zur Einberufung und Veröffentlichung der Anträge auf die Hälfte der Zeit zu begrenzen.“

Bei § 27 wird der Zusatzart der Kommission „beziehungsweise 14 Tage“ angenommen.

Bei § 29 erhält den Zusatz: „Die Wahl des Vorstandes für den Vorstand und Ausschuss, die Wahl des Vorstandsvorsitzenden, die Festlegung der Gehälter und die Daten für die Delegierten.“

Bei § 30 wird für die Zahl 250, 200 gesetzt.

Bei § 31 erhält auf Antrag Goppert folgenden Zusatz: „Der Vorstandsvorsitzende, der Verbandskassierer, sowie der Vorsitzende des Ausschusses müssen auf dem Verbandstage anwesend sein und haben dort Bericht über ihre Tätigkeit abzuhalten. Der Vorstandsvorsitzende kann nicht als Delegierter fungieren.“

Bei § 32 wird dahin ergänzt resp. umgeändert, daß bei 13 wöchentlicher Beitragsleistung der halbe Satz der angenommenen Unterstützungssumme zur Auszahlung gelangt. Der Höchstbetrag der Auszahlung an einem Tage darf sich nur auf den Betrag, welcher für 120 Kilometer berechnet wird, belaufen. Die Länge der Tour, auf welcher im Gesamte Auszahlung erfolgt, wird darauf auf 1000 Kilometer festgelegt, wird die Reise durch Arbeit bis auf 4 Wochen unterbrochen, so wird die vorhergehende Reisezeit mitgerechnet.

Bei § 33 wurde beschlossen, den Legitimationen für die aus dem Auslande zugereichten Mitglieder anderer Organisationen, welche nach diesem Paragraphen zur Unterstützung berechtigt sind, eine andere Farbe zu geben.

Bei dieser Angelegenheit wurde von Schubert-Riegnitz angefragt, ob der Verein Annaberg, wenn er durch die schlechtesten Ernährungsverhältnisse der Mitglieder an Ort gezwungen wäre, in seiner jetzigen Form weiter zu bestehen, den ausständigen Organisationen in der Reiseunterstützung gleichgestellt würde. Dieses wird vom Verbandstage verneint.

§ 34 wird nach der Kommissionsvorlage angenommen.

Bei § 35 wird statt 8 Tage 14 Tage gesetzt.

Die Anstellung erforderlicher Hilfsbeamten, sowie die Festlegung des Gehalts derselben regelt der Vorstandsvorsitzende in Gemeinschaft mit dem Ausschuss. Der Antrag wird angenommen.

Bei § 16 wird ein Antrag Marwig: „Der Sachverhalt besteht aus 3 Personen.“ angenommen.

Bei § 23 wird auf Antrag Harber die Einsetzung „direkt lokaler Natur“, beschlossen.

Bei § 23 werden auf Antrag Marwig die Worte „regelmäßig wiederkehrende“ gestrichen.

Bei § 26 werden die Worte, das ganze Jahr, gestrichen. Außerdem wird auf Antrag Marwig hinzugefügt: „Bei außerordentlichen Abstimmungen ist der Termin zur Einberufung und Veröffentlichung der Anträge auf die Hälfte der Zeit zu begrenzen.“

Bei § 27 wird der Zusatzart der Kommission „beziehungsweise 14 Tage“ angenommen.

Bei § 29 erhält den Zusatz: „Die Wahl des Vorstandes für den Vorstand und Ausschuss, die Wahl des Vorstandsvorsitzenden, die Festlegung der Gehälter und die Daten für die Delegierten.“

Bei § 30 wird für die Zahl 250, 200 gesetzt.

Bei § 31 erhält auf Antrag Goppert folgenden Zusatz: „Der Vorstandsvorsitzende, der Verbandskassierer, sowie der Vorsitzende des Ausschusses müssen auf dem Verbandstage anwesend sein und haben dort Bericht über ihre Tätigkeit abzuhalten. Der Vorstandsvorsitzende kann nicht als Delegierter fungieren.“

Bei § 32 wird dahin ergänzt resp. umgeändert, daß bei 13 wöchentlicher Beitragsleistung der halbe Satz der angenommenen Unterstützungssumme zur Auszahlung gelangt. Der Höchstbetrag der Auszahlung an einem Tage darf sich nur auf den Betrag, welcher für 120 Kilometer berechnet wird, belaufen. Die Länge der Tour, auf welcher im Gesamte Auszahlung erfolgt, wird darauf auf 1000 Kilometer festgelegt, wird die Reise durch Arbeit bis auf 4 Wochen unterbrochen, so wird die vorhergehende Reisezeit mitgerechnet.

Bei § 33 wurde beschlossen, den Legitimationen für die aus dem Auslande zugereichten Mitglieder anderer Organisationen, welche nach diesem Paragraphen zur Unterstützung berechtigt sind, eine andere Farbe zu geben.

Bei dieser Angelegenheit wurde von Schubert-Riegnitz angefragt, ob der Verein Annaberg, wenn er durch die schlechtesten Ernährungsverhältnisse der Mitglieder an Ort gezwungen wäre, in seiner jetzigen Form weiter zu bestehen, den ausständigen Organisationen in der Reiseunterstützung gleichgestellt würde. Dieses wird vom Verbandstage verneint.

§ 34 wird nach der Kommissionsvorlage angenommen.

Bei § 35 wird statt 8 Tage 14 Tage gesetzt.

Wort, welcher in längerer Rede die Verhandlungen auf dem Verbandstage schilderte und sich seiner Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit erbedigte.

Es hieß den Raum unseres Fachorgans zu sehr in Anspruch nehmen, wollte ich auf die einzelnen Details eingehen, da doch das ausführliche Protokoll in unserer Zeitung mindestens alles das befaßt, was unser Referent ausführen konnte.

In der diesbezüglichen Diskussion übertrug Kollege Scherer die Ausführungen des Referenten, da er diesen nichts anzufügen hat, sondern schildert seine Anschauung bezüglich des Vereins Annaberg auf Grund seiner Erfahrungen, welche er in Annaberg selbst gemacht hat. Redner bespricht die Verhältnisse der Annaberger Kollegen, ihre wirtschaftliche Lage und ihre Inaktivität in der Gewerkschaftsbewegung, welche er der ungenügenden Agitation und Aufführung auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiete zuschreibt.

Des Weiteren führt Redner an, daß sich das Verhältnis des Annaberger Vereins mit dem Verbandsvorstande zu Gunsten des Ersteren aufgefärrt habe.

Betrifft Anschlag, an den Verband, schlägt Kollege Scherer vor, zu warten bis das Statut vorliegt, um einen definitiven Beschluß herbeizuführen zu können.

Hierauf wurde folgende Resolution eingebracht: „Die heute in den Volkshallen tagende öffentliche Buchbinderversammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegierten, welche dem Buchbinder-Verbandstage in Frankfurt a. M. als Gäste beiwohnten, einverstanden und verspricht nach Kenntnis der neu geschaffenen Statuten des Verbandes in einer weiteren Versammlung den Anschlag event. an den Verband zu befechtigen.“

Nachdem von verschiedenen Rednern die Beschlüsse des Verbandstages besprochen worden, so z. B. die Erhöhung der Beiträge und die Ueberweisung des Zentral-Arbeitsnachweises an Berlin, wird die Resolution gegen eine Stimme angenommen.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Der Vergarbeiterstreik und seine Folgen“ hatte Kollege Klotz das Referat übernommen und ging Redner hauptsächlich auf die Ursachen des Streiks ein. Er führt an, daß der Streik durch Verabfolgung der Schlichtlöse, Maßregelungen der Bergleute, welche dem Reichsbischöfverein angehörten, sowie auch Raupfischkäsefabriken, heraufbeschworen worden sei. Weiter geht Redner auf die Notlage der gemäßigten Vergarbeiter ein und erlucht die Kollegen, eine Summe von 300 M. aus dem Unterstützungsfonds, welche der Vertrauensmann (welch dieser Punkt schon auf der Tagesordnung der letzten öffentlichen Versammlung stand) mit Zustimmung mehrerer Kollegen abgeführt hat, zu genehmigen. Zum Schluß bringt Kollege Klotz nachstehende Resolution ein:

„Die heute in den Volkshallen versammelten, in Buchbinderzweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen erklären den verflochtenen Streik der Bergleute als vollständig berechtigt und weisen mit Entschiedenheit die Bezeichnung desselben als „Freivol“, wie es vom Minister v. Bodelschwingh und fast der ganzen bürgerlichen Presse geschieht, als unzulässig zurück. Die Versammelten bedauern, daß der Ausbruch für die Arbeiter nicht streng genug ausgefallen ist, hoffen aber, daß ihnen aus dieser Niederlage die Erkenntnis erwachsen möge, daß die Beilegung alles Elends der Arbeiterklasse durch die vollständige Abschaffung des Kapitalismus (sei es Staats-, sei es Privatkapitalismus) allein bewirkt werden kann. Mögen daher bald die Vergarbeiter bis auf den letzten Mann mit dem übrigen Proletariat sich unter dem Banner des Sozialismus zusammenscharen, mit der Losung: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ Diese Resolution findet einstimmige Annahme. Nachdem noch der Vertrauensmann Kollege Böttger erläutert, warum er das Geld schon abgeführt hat, wird oben genannte Summe, nachträglich, einstimmig bewilligt.“

Zum dritten Punkt „Gewerkschaftliches“ erucht der Vertrauensmann den zugerufenen Kollegen, welcher die Einladungen zur öffentlichen Versammlung ausgetreten hatte, sich zu melden, betreffs seiner Entschuldigung dafür. Da sich aber herausstellte, daß derselbe bereits abgereist war, mußte diese Angelegenheit für erledigt betrachtet werden. Da sich sonst niemand mehr zum Worte meldete, wurde die mäßig besuchte Versammlung 1/12 Uhr geschlossen.

Stuttgart. In unserer am 25. Februar stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung erhaltete Kollege Jöhler Bericht vom Verbandstage. Bevor derselbe das Wort ergriß verlas der Vorsitzende ein Schreiben des Kollegen Müller in Frankfurt, in welchem derselbe für das ihm überwiesene Mandat von Stuttgart und das ihm hierdurch entgegengebrachte Vertrauen herzlich dankte. Nachdem Kollege Jöhler sein Referat beendet hatte, meldeten sich verschiedene Redner theils gegen, theils für einige im neuen Statut enthaltenen Punkte. Hauptsächlich die Bestimmungen, die Wahl des Vorsitzenden betreffend, sowie die Arbeitslosenunterstützung, riefen eine lebhafteste Debatte hervor. Zu letzterem Punkte war man der Meinung, daß, wenn der Vorsitzende lediglich vom Verbandstage zu wählen sei, man deshalb unerwarteter Weise gezwungen sein könnte, zu diesem Zwecke einen Verbandstag einzuberufen. Als Grund für diese Ansicht wurde entretender Todesfall oder freiwilliger Rücktritt angegeben. Zur Auffklärung nahm hierzu der Verbandsvorsitzende selbst das Wort und widerlegte diese Ansicht dahin, daß bei derartigen außerge-

wöhnlichen Fällen hierauf die Urabstimmung entscheiden könne, sobald es die Verbandsangehörigen verlangen. Zur Frage der Arbeitslosenunterstützung äußerte sich ein verbeiratheter Kollege dahin, daß die Verbeiratheten den Leigen gegenüber im Nachtheile seien. Den Leigen stände es ja immer frei, den Ort zu verlassen, was ein Verbeiratheter nicht könne. Doch auch diese Ansicht wurde zufriedenstellend widerlegt, indem man annahm, daß durch einen kleinen Lokalbeitrag, an welchem sich wohl auch die lebigen Leute betheiligen würden, es gut möglich sei, den Verbeiratheten in der Unterstützung einen Vorkurs zu gewähren. Im Uebrigen war der größte Theil der Anwesenden auch der Ansicht: Gleiche Pflichten, gleiche Rechte! Desgleichen wurde die Erhöhung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder nicht besonders sympathisch begrüßt. Ein Kollege äußerte sich hierüber, daß wir mit gesammeltem Gelde niemals gegen das Kapital verhandeln können, aber andere Verhältnisse herbeizuführen im Stande sind. Würde sich das Gegenteil behaupten lassen, dann wäre auch ihm keine Steuer zu hoch. Diese Ansicht wurde durch den nachfolgenden Redner ungefähr wie folgend widerlegt: Zum Kampfe gegen das Bestehende bedarf es einer thätigen Agitation. Um aber diese erfolgreich durchzuführen, müssen wir auch Opfer bringen. Durch höhere Beiträge wird auch unsere Leistungsfähigkeit steigen und diese an und für sich wirkt schon agitatorisch; denn der Indifferent tritt nicht gleich anfangs aus Prinzip in unsere Bewegung ein, sondern mehr deshalb, weil er sich einen persönlichen Nutzen davon verspricht. Sache der Gewerkschaften ist es alsdann, diese Leute zu aufgeklärten solidarisch denkenden Arbeitern heranzubilden.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Wahl des Zentralvorstandes, mußte, da der erste Punkt viel Zeit in Anspruch genommen, wodurch sich unser Versammlungspublikum langsam verjagte, mit der Versammlung bis auf Sonnabend, den 4. März, vertagt werden.

Am Sonnabend, den 4. März, erstattete zunächst der Kassierer Bericht vom Arbeitsnachweise. An Unterstützung wurden im Monat Februar 12.10 M. an Durchreisende gezahlt. — Bevor wir die unerledigte Tagesordnung vom 25. Febr. behandeln, wurde in die Beratung eines anderen Punktes eingetreten und betrifft das unser Tanzkränzen, welches alljährlich zum guten Muth abgehalten wurde. Der Vorstand beantragt, dasselbe fernerhin Sonnabends vor dem Stützungsfest abzuhalten. Nach kurzer Debatte darüber wird der Antrag des Vorstandes angenommen. Ferner giebt der Vorsitzende bekannt, daß, um unter den Arbeiterinnen die Agitation wieder etwas in Fluß zu bringen, ein Tanzausschuß veranfaßt werde. Da bis jetzt über die Höhe der Beiträge für weibliche Mitglieder vielfache Vermuthungen herrschten, so frag der Vorsitzende bei der Versammlung an, ob er eventuell nicht die Ueberbelastung von 5 Pfg. pro Woche aus unserer Volkskasse zahlen wollten. Nach langer Debatte wird jedoch beschlossen, die erhöhte Steuer gleich von Anfang an einzuführen. Im Laufe der Debatte wurde von einer Seite der schwache Besuch der Versammlung — trotz der so wichtigen Tagesordnung — bemängelt; dagegen spricht sich ein anderer Redner dahin aus, daß es anderswo auch nicht besser sei. Darauf wird der Bescheid des Zentralvorstandes gelautet. Aus dem selbigen Vorhabe treten aus, vielmehr verzichteten auf eine Wiederwahl, die Kollegen Lante, Schleich und Seythor. Der neugewählte Vorstand legt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Wahl, Kassierer, Lender, Frei, Storch, Hofmeister und unser bisheriger Fachvereinsvorsitzender Walluff.

Beschlossen wird sodann, die nächste Mitgliederversammlung statt am 18. März am Montag den 13. März stattfinden zu lassen.

Saalfeld a. S. Am 10. März starb unser Kollege Fr. Meyer im Alter von 31 Jahren. Derselbe war als Delegirter für den hiesigen Verein und den Verein Weimar beim Verbandstage in Frankfurt a. M. und legte von dort so schwer erkrankt zurück, daß er nicht mehr in der Lage war, Bericht über die Verhandlungen geben zu können. Die Kollegen werden diesem braven Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin. Unsere Delegierten zum Verbandstage erstatteten in unserer Versammlung vom 6. März Bericht über die Verhandlungen desselben, wobei alle drei ihrer Beauftragung über das Geschaffene Ausdrack gaben.

Anderes dagegen Kollege Jost, nach ihm bebaute der mit der Neuorganisation beauftragte Herr ein Verwirren der Aufgabe, die der Verband als Kampfschloßorganisation hat. Insbesondere tadelte er, daß Arbeitslosenunterstützung eingeführt und die Reiseunterstützung weiter ausgebaut worden ist, dabei auf die Buchdrucker verweisend, die nach ihrem letzten Streik das Rassengepöhl als hinderlich erkannten und einen reinen Kampfschloß haben wollten. Weiter gesteht ihm nicht die beschlossene Gausentheilung und Urabstimmung nebst den nicht mehr regelmäßig stattfindenden Verbandstagen. G. Schmitz schloß sich dem Vordrner im Wesentlichen an, Arbeitslosenunterstützung hielt er für nicht durchführbar. Sailer-Ludemann erklärte sich für die Verbandsbeschlüsse. Jost hält er entgegen, daß ja doch die Arbeitslosenunterstützung nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck sein sollte, von einem Bewußtsein der Kampfschloße könne also unmöglich die Rede sein. Die weiteren Redner sprachen theils für oder wider die Verbandstagsbeschlüsse, von letzteren wurde namentlich das

Korrespondenzen.

Leipzig. Am 4. März fand in den Volkshallen eine öffentliche Versammlung aller in Buchbinderzweigen und verwandten Berufsgruppen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Tagesordnung: 1) Berichterstattung der Delegierten vom diesjährigen Verbandstage zu Frankfurt a. M., 2) der Vergarbeiterstreik und seine Folgen, 3) Gewerkschaftliches. Nachdem das Bureau gerührt, ertheilte der Vorsitzende dem Referenten Kollege Karsten das

Wongary-Hagen giebt zu erwägen, daß bis zu der Zeit, da eine Urabstimmung stattfindet, z. B. bei einem Streik, wenn es sich um dessen Einigung handelt, derselbe lange vorbei sein kann.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige. (Eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des IV. Quartals 1892.

[25.0]

Main financial table with columns for Einnahmen (Revenues) and Ausgaben (Expenditures). It lists various locations like Altenburg, Berlin, and Leipzig, and details expenses for medical care, printing, and administrative costs.

Bilan:

Summary table for the balance sheet showing Einnahme (120640.30) and Ausgabe (5239.27), resulting in a Kassenschatz of 115401.03.

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren:

Der Kassirer:

Herrn Heinrich Theodor Leichmann.

Herrn P. Städtler.

Den 4. März 1893.

Unterstützungsverein Hamburg.

Connabend, den 25. März, Abends 9 Uhr, bei Herrn H. Flug, Kollhoffen 32 a

Mitgliederversammlung.

- 1. Tagesordnung [1.50]
2. Zweck und Nutzen des Arbeitsnachweises und der Bibliothek in gemeinschaftlicher Beziehung.
3. Fortsetzung des Berichts vom Gewerkschaftsrath.
4. Feststellung der Tagesordnung zur nächsten Versammlung.

Der Vorstand.

Leipzig.

Connabend, den 25. März d. J., Abends 8 Uhr, Große

Öffentliche Versammlung

aller in Buchbinderien u. verw. Berufszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

- 1. Tagesordnung [2.40]
2. Stellungnahme zur Konvention südtlicher Kollegen und Kolleginnen, vom. Wahl von Delegierten.
3. Erwähnung zum Verein Gewerkschaftsrath.
4. Gewerkschaftliche.

Zahlreiches Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen unbedingt erforderlich.

Der Einberufer.

Todes-Anzeige.

Am 10. März verstarb nach kurzem, aber schweren Leiden unser Kollege [1.60]

Fr. Meyer

im Alter von 31 Jahren.
Ihre seinem Andenken!
Der Verbandsverein Saalfeld a. d. E.

Fr. Meyer.

Widrig und unerwartet starb das Mitglied des Vereins Saalfeld, [1.40]
Derlei war ein eifriger Vertheiliger der Arbeiterinteressen und noch beim letzten Verbandstag Delegirter für Saalfeld-Weimar.
Ihre seinem Andenken!
Verein Weimar.

Unterricht im Band- u. Brechergewand

nach eigener leicht lesbiger Methode ertheilt [0.90]
K. WILH. HOFMANN,
Roststraße (Wien).

Advertisements for bookbinding businesses: 'Abth. A. in Leipzig Grosshandlung Lederwaren', 'Abth. B. Anstalt für Buchbinderbedarf', 'Abth. C. J. B. Wierckler Leipzig', and 'Eristo Fachschule für Buchbinder GERA (Rheinl. L.)'.

Nichtinsehen einer Prekominmission bedauert, jedoch erklären auch die Gegner, nun einmal die Beschlüsse gefasst, für deren Durchführung bestens sorgen zu wollen. Schließlich wurde gegen zwei Stimmen bei einer Reihe Stimmenthaltungen eine Resolution angenommen, die die Beschlüsse gutheißt und sie zu verwirklichen verspricht. Unter 'Verschiedenem' wurde bekannt gemacht, daß die Sammelliste 300 für die Gewerbegehilfen verloren gegangen ist, dieselbe ist eventuell anzuhalten und an den Kollegen Jost, Kreiswanderstraße 68, abzugeben. Kollege Jost brachte noch das Submissionswesen des Magistrats zur Sprache und ersuchte, ihm etwa vorhandenes Material zu übermitteln. Zum Schluß wurde ein Antrag, am 18. März einen Kranz auf die Gräber der Wärggefallenen niederzulegen, angenommen.

Bundschau.

Nach dem Muster der Berner Arbeitslosenversicherung soll auch eine solche in St. Gallen errichtet werden. Die organisierte Arbeiterschaft hat sich bereits mit einem bezüglichen Entwurf an den Gemeinderath gewendet.

Literarisches.

Von der 'Neuen Zeit' (Stuttgart, J. G. B. Dieß Verlag) ist das 25. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt seien hier hervor: Entwurf - Der. - Technisch-ökonomischer und sozial-ökonomischer Fortschritt. Von Eduard Bernstein. - Warum giebt es mehr Frauen als Männer? - Briefe aus England. - Notizen: Der Ueberfluß der weiblichen Bevölkerung Englands über die männliche. Fe kleiner die Wohnung, desto theurer der gleiche bewohnbare Raum. - Familienleben: Aus einem deutschen Hause. Ein Familienleben aus dem neunzehnten Jahrhundert. Von Ludwig Schierl. (Fortsetzung.)

Sozialpolitisches Centralblatt

(herausgegeben von Dr. Heinz Braun, Verlag von J. Guttenberg in Berlin). Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich 2,50 Mk., Einzelnummer 20 Pf. Erschienen ist Nr. 21.

Der russische Bauer. Von Stepanoff. Autorisirte Uebersetzung von Dr. Viktor Adler. XVI und 212 Seiten. Preis broschirt 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. Verlag von J. G. B. Dieß in Stuttgart. - Wer sich über die heutige Lage der russischen Bauern unterrichten will, dem ist die Stepanoff'sche Schrift zu empfehlen.

Von den im Verlag von J. G. B. Dieß in Stuttgart erscheinenden beiden naturwissenschaftlichen Werken 'Die Pflanzenwelt' und 'Die Thierwelt' von H. Bommell ist Lieferung 5 und 6 erschienen. Lieferung 2 der 'Thierwelt' enthält eine prächtige Farbentafel: 'Korallenriff'. Die beiden reichillustrierten Werke sind Jedem, der sich für die Naturwissenschaften interessiert, auf das Angenehmste zu empfehlen. Preis pro Lieferung 20 Pf.

Eine ausgezeichnete Zeitschrift zur Feier des 18. März ist schon bei Berlin & Comp., Nürnberg, erschienen: 'Zum 18. März und Verwands'. Von Wilhelm Rehnicht. Dieselbe enthält: 1) Vorwort. 2) Märzfeier, eine von Reichardt 1891 in Hamburg gehaltene Rede. 3) Die Junilicht. 4) Eine Geschichte der Kommune. 5) Die Pariser Wutwoche. 6) Zur Erinnerung an die letzten Maitage 1871. - In dem drei Bogen starken Schriftchen haben die Genossen nicht nur vorzügliches Agitationsmaterial, sondern auch eine kurz gefasste Geschichte der Kommunebewegung, der Junilicht in Paris und der Kommune, zugleich also Material zu Festreden und geschichtlichen Vorträgen. - Die Broschüre kostet nur 25 Pfennig und können wir deren Anschaffung angelegentlich empfehlen.

'Der Süddeutsche Postillon.' Verlag von W. Ernst, München, hat anlässlich des jährlichen Todestages von Karl Marx seine Nummer 6 dem Andenken dieses großen Todten gewidmet. In Form eines großen Doppblattes: 'Das Erwachen einer Welt', giebt er allegorisch die weltgeschichtliche Mission von Karl Marx. - Diese Nummer verdient das Interesse des gesamten denkenden Proletariats, und sie wird es finden.

Abänderung in den Vereinsadressen.

Altenburg: Emil Opiß, Eisenstr. 13 I.

Abänderung im Verzeichniß von Vereinen.

Gemmnitz. H. Schuhmacher-Zimmingshaus, Gerrensstraße 18.

Briefkasten.

Das Adressenverzeichnis der Verwaltungsstellen der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse mußte wegen Raummangel nochmals zurückgestellt werden. Korrespondenz aus Kaiserstätten in nächster Nummer.

Anzeigen.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder etc. (Eingeschriebene Hilfskasse). Sitz Leipzig. [1.20]

Verwaltungsstelle Göttingen. Samstag, den 25. März 1893, bei Schardt zur Cab-Restaurant

Hüte!

mit der Arbeiterkontrollmarke empfiehlt billigst E. Schneckenburger, Gewerkschaftsbuchhändler, Rothschilfstraße 18, Stuttgart.